



Protokoll

Jugendhilfeausschuss | Sitzung
23. Oktober 2024, 16:45 Uhr bis 18:40 Uhr
öffentlich | nicht öffentlich
Rathaus am Marktplatz, Bürgersaal
Vorsitzender: Bürgermeister Martin Lenz
Protokollführerin: Carmen Edler

Teilnehmende siehe Anwesenheitsliste

Anwesende Mitglieder: 35
Abwesende Mitglieder: 0

Vor Einstieg in die Tagesordnung verpflichtet der Vorsitzende Frau Elke Graf (StA Durlach), Frau Gabriele Schneider (AkF), Frau Renate Gissel (Kinderschutzbund), Frau Corinna Wild (stja), Herrn Rifat Topluggedik (stja), Frau Jenny Kastalion (stja), Frau Natascha Roth (stja), Herrn Nicolai Friedrich (stja), Herrn Markus Barton (AWO Karlsruhe gGmbH), Herrn Christian Braunagel (Der Paritätische), Herrn Andreas Schreib (Hardtstiftung), Herrn Erik Balter (Jüdischer Wohlfahrtsverband KA e. V.), Frau Sarah Pich (stja), Frau Teresa Musacchio (Heimstiftung Karlsruhe), Frau Silvia Ronecker (Staatliches Schulamt Karlsruhe), Frau Magda Kuncova (GKK), Herrn Ilja Gottwald (Polizeipräsidium Karlsruhe), Frau Daniela Unmüßig (Ev. Dekanat Karlsruhe), Herrn Alexander Sester (Kath. Gesamtkirchengemeinde), Herrn Dirk Dickgießer (Agentur für Arbeit), Herrn Marcus Zabel (ver.di), Herrn Arno Rügamer (BMB)

Öffentlicher Teil:

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden im Bürgersaal.

TOP 1 Jugendhilfe-Monitor 2024 - Vorlage -

Herr Fulda (SJB) führt in den TOP ein.

Frau Stadträtin Sardarabady (GRÜNE): Leider sinkt die Anzahl der Bereitschaftspflegefamilien in Karlsruhe. Wie sind diese Zahlen zu anderen vergleichbaren Städten zu sehen? Gibt es Lösungsansätze, um die Anzahl der zur Verfügung stehenden Bereitschaftspflegefamilien zu erhöhen? Gibt es bereits Ideen und Schwerpunkte für Angebote einer inklusiven Kinder- und Jugendhilfe?

Frau Stadträtin Döring (KAL): Nimmt das Jugendamt bei Meldungen bezüglich von häuslicher Gewalt, bei denen Kinder mitbetroffen sind, immer Kontakt zur Familie auf, auch wenn die Anzeige zurückgezogen wird?

Herr Nees (SJB): Die sinkende Zahl der Bereitschaftspflegefamilien ist ein bundesweiter Trend. Zur Gewinnung von Pflegefamilien wurde die Öffentlichkeitsarbeit deutlich verstärkt. Zukünftig sollen auch Einzelpersonenhaushalte oder gleichgeschlechtliche Paare angesprochen werden. Aktuell sind alle Kinder und Jugendlichen mit Behinderung durch die Träger der Eingliederungshilfe versorgt. Es geht darum, dass sich sowohl die Angebote der Eingliederungshilfe als auch die der Jugendhilfe im Sinne der Inklusion öffnen. In einem Fachgespräch wurde bereits proaktiv mit den Trägern zusammengearbeitet und auch künftig werden die weiteren Entwicklungsfelder angegangen. Das Jugendamt wird immer informiert, wenn bei der Polizei Meldungen von häuslicher Gewalt eingehen, bei denen Kinder im Haushalt leben. Diese Tatsache reicht für eine Kindeswohlgefährdung und ein Prüfungsverfahren durch das Jugendamt aus; unabhängig davon, ob eine Anzeige gegenüber dem gewalttätigen Partner*in erfolgt.

Beschluss: Der JHA nimmt den Jugendhilfe-Monitor 2024 zur Kenntnis.

TOP 2 Jugendszenen im Otto-Dullenkopf-Park
- Vorlage -

Herr Melchien (stja) führt in den TOP ein.

Frau Stadträtin Anlauf (GRÜNE): Wie geht es mit der Skate-Halle weiter, da der Boden dafür nicht geeignet ist?

Frau Stadträtin Döring (KAL): Wie geht es für Rollbrett e. V. bezüglich des neu benötigten Bodens weiter?

Herr Melchien (stja): Beim Thema „Gestaltung des Außenbereichs“ ist ein Bürgerbeteiligungskonzept vorgesehen. Mit dem Verein Rollbrett e. V. wird ein geeigneter Boden sowie die Skate-Anlage (mit Holzelementen) geplant. Für die anfallenden Kosten wird versucht, mit Drittmittelgebern zu verhandeln.

Beschluss: Der Jugendhilfeausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 3: Strategie der Stadt Karlsruhe zum Fachkräftebedarf in der frühkindlichen Bildung
- Vorlage -

Frau König-Lemke (SJB) führt in den TOP ein.

Herr Andreas Schreib (Hardtstiftung) verlässt die Sitzung.

Frau Stadträtin Sardarabady (GRÜNE): Die Kinderbetreuung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und der Fraktion der GRÜNEN ist es wichtig, dass auch die Karlsruher Wirtschaftsunternehmen miteinbezogen werden. Wie kann dies erfolgen und wurde bereits auf die Wirtschaftsunternehmen zugegangen? Ein Ansatz zur Personalgewinnung wäre die Vereinfachung der Anerkennung ausländischer pädagogischer Abschlüsse.

Frau Stadträtin Döring (KAL): Welche Handlungsoption hat die Stadt bezüglich Anerkennung von ausländischen pädagogischen Abschlüssen? Wie schnell kann das Kita-Fachpersonal durch zusätzliche Haushalts- und Verwaltungskräfte entlastet werden?

Frau König-Lemke (SJB): Es gab vor einiger Zeit Gespräche mit den Karlsruher Wirtschaftsunternehmen. Diese werden wieder neu aufgenommen, vertieft und erweitert. Der Fachkräftemangel betrifft alle Träger gleichermaßen. Die Anerkennung ausländischer pädagogischer Abschlüsse liegt nicht in der Zuständigkeit der Stadt Karlsruhe, jedoch findet hierzu ein enger Austausch mit dem Kultusministerium und dem Städtetag statt.

Der Vorsitzende: Ein wichtiger Baustein zur Fachkräftegewinnung die Akquise von Wohnraum und hier plant die Stadt Karlsruhe durch Aufstockung bestehender Gebäude wieder neue Wohnungen zu schaffen.

Beschluss: Der Jugendhilfeausschuss nimmt die „Strategie der Stadt Karlsruhe zum Fachkräftebedarf in der frühkindlichen Bildung“ zur Kenntnis.

TOP 4 Konzept zur betrieblichen Kindertagesbetreuung in der Stadt Karlsruhe - Vorlage -

Frau Merseburg (SJB) führt in den TOP ein.

Frau Stadträtin Melchien (SPD): Für die 1. Säule Betriebskita werden Unternehmen Landesmittel weitergeleitet, aber sie erhalten keine städtischen Fördermittel. Wieviel Zuspruch der Unternehmen wird von dieser Variante mit abgeschwächter Förderung erwartet? Warum wurden gerade diese Konzepte gewählt? Wie ist die Bewerbung der verschiedenen Säulen vorgesehen?

Herr Stadtrat Bauer (GRÜNE): Ist die Statistik in Zukunft aussagekräftig, wenn die Betriebskitas nicht in der Bedarfsplanung aufgeführt sind? Gelten die Belegrechte, die von den Unternehmen erworben werden können, ausschließlich für neue oder auch für bestehende Kitas? Welche Kriterien gelten für eine Zu- beziehungsweise Absage für Unternehmen? Kann garantiert werden, dass die erworbenen Belegrechte erfüllt werden können?

Frau Stadträtin Döring (KAL): Werden bei der Vergabe der Plätze der Betriebskita Karlsruher Kinder bevorzugt oder können die Unternehmen dies frei bestimmen? Welchen Nutzen hat ein Unternehmen von einer Betriebskita; ist dies Prestige oder eher Sponsoring?

Frau König-Lemke (SJB): Die Betriebskitas werden nicht in die Bedarfsplanung aufgenommen. Es gibt den Betrieben die Möglichkeit selbständig eine Kita zu betreiben. Die Stadt hat dann kein Mitspracherecht und die Kita erhält somit auch keine städtische Förderung. Die Kita muss jedoch eine Betriebserlaubnis erhalten. Kinder aus Karlsruhe haben trotzdem die Möglichkeit betreut zu werden.

Bei der betriebsnahen Kita geht das Unternehmen auf die Suche nach Trägern, die sich beteiligen, um Belegrechte zu erwerben. Es werden bereits verschiedene Arten an Belegrechten umgesetzt. Die bisherigen Belegrechte haben Besitzstand. Kriterien bei der Zu- oder Absage müssen per Vertrag geregelt werden. Unternehmen zahlen für Belegrechte,

beispielsweise um hochkarätige Mitarbeiter einstellen zu können. Karlsruher Kinder sollen bevorzugt werden. Jedoch gibt es auch Karlsruher Kinder, die in einer Landkreisingemeinde einen Kindergartenplatz haben und umgekehrt; was sich zahlenmäßig zwischen Stadt/Landkreis bisher ausgleicht.

Beschluss: Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Gemeinderat *einstimmig*,

1. das in der Anlage 1 beigefügte „Konzept zur betrieblichen Kindertagesbetreuung in der Stadt Karlsruhe“ mit Inkrafttreten zum 1. Januar 2025
2. die geänderte „Richtlinie der Stadt Karlsruhe für die Förderung von Kindertagesstätten und Kinderkrippen“ gemäß Anlage 3 mit Inkrafttreten zum 1. Januar 2025
3. die geänderten „Grundsätze der Stadt Karlsruhe über die Gewährung von Investitionskostenzuschüssen für Kindertageseinrichtungen“ gemäß Anlage 4 mit Inkrafttreten zum 1. Januar 2025

zu beschließen.

TOP 5 Förderung der Kinder- und Familienzentren – Aufnahme der Förderung in die Dynamisierung
- Vorlage -

Frau Schöllhorn (SJB) führt in den TOP ein.

Herr Balter (Jüdischer Wohlfahrtsverband) verlässt die Sitzung.

Frau Stadträtin Anlauf (GRÜNE): Was wird unter dem Begriff „Sozialraumbezug“ verstanden? Der Baustein „Beteiligung“ soll künftig eingefügt werden. Was heißt das? Wieso haben zwei KiFaZ-Einrichtungen an der Befragung nicht teilgenommen?

Frau Stadträtin Melchien (SPD): Die Kinder- und Familienzentren haben sich über die Jahre weiterentwickelt und dies für einen überschaubaren Zuschuss. Wie soll die Entwicklung in diesem Thema weiter voranschreiten?

Herr Stadtrat Kalmbach (FÜR): Kann Auskunft über die Qualität in den einzelnen KiFaZ gegeben werden? Um eine Erklärung zu den finanziellen Auswirkungen in den nächsten Jahren wird gebeten.

Frau Schneider (AkF) verlässt die Sitzung.

Frau Schöllhorn (SJB): „Sozialraumbezug“ bedeutet, dass die Bedarfe der Familien im Quartier umgesetzt werden. Dies auch außerhalb der Kinder- und Familienzentren zum Beispiel mit einem Pop-up Café auf dem Spielplatz. Die Umfrage war auf freiwilliger Basis. Die Gründe, warum zwei Zentren nicht teilgenommen haben, sind nicht bekannt. Die Qualität der Kinder- und Familienzentren ist gut. Der Baustein „Begegnung“ beinhaltet weitere Angebote auszubauen zum Beispiel „KiFaZ on Tour“, „Spielplatzgeplapper“, Referenten und Referentinnen auf einen Spielplatz einzuladen. Die Konzeption soll überarbeitet werden und die Träger*innen wünschen sich einen Ausbau der Konzeption mit entsprechenden

Ansätzen für Sachkosten. Die finanziellen Auswirkungen errechnen sich ausgehend von den Tarifsteigerungen.

Beschluss: Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Gemeinderat *einstimmig*, die Aufhebung des Sperrvermerks zur Auszahlung der Dynamisierung von Personalkosten in Kinder- und Familienzentren ab dem Haushaltsjahr 2025 zu beschließen.

TOP 6: Combo HipHop Kulturzentrum Karlsruhe: Findung von neuen Räumlichkeiten
- Stellungnahme zum Antrag –

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Tabares San Jose (SJB).

Herr Stadtrat Bauer (GRÜNE): Der Antrag kommt ursprünglich aus der Jugendkonferenz, und die Fraktionen haben im Auftrag der Jugend den Antrag gestellt. Die Jugend muss weiter im Prozess beteiligt werden.

Herr Stadtrat Müller (CDU): Die neuen Räumlichkeiten (Betriebskantine Hegele-Areal) stehen maximal 5 bis 8 Jahre zur Verfügung. Gibt es eine Übersicht von der Karlsruher Fächer GmbH (KFG) zu den Kosten? Wie soll es nach den 5 – 8 Jahren weitergehen?

Herr Nees (SJB): Die mögliche Nutzung der Räumlichkeiten wird gerade durch die KFG geprüft. Danach müssen Ausschreibungen et cetera stattfinden. Auch mit den Jugendlichen muss die Planung besprochen werden. Dass das Areal maximal 5 bis 8 Jahren zur Verfügung steht, stellt kein Problem dar, da sich bis dahin wieder andere Standorte auftun.

Beschluss: Die Verwaltung empfiehlt, den Antrag als erledigt zu betrachten.

TOP 7: Bestellung des Arbeitsausschusses Jugendhilfeausschuss und Neubesetzung der Mitglieder
- Vorlage -

- Beschluss:**
1. Der Jugendhilfeausschuss bestellt *einstimmig* den Arbeitsausschuss Jugendhilfeausschuss - als Unterausschuss des Jugendhilfeausschusses - mit der auf Seite 2 genannten Zusammensetzung.
 2. Der Jugendhilfeausschuss bestellt *einstimmig* die in der Vorlage auf Seite 2 und 3 genannten Personen als Mitglieder des Arbeitsausschusses Jugendhilfeausschuss.

TOP 8: Bildung der Drogenkommission
- Vorlage -

Frau Stadträtin Döring (KAL): Warum ist für die KAL-Fraktion kein Sitz in der Droko vorgesehen, sondern nur 1 Sitz für die gesamte Zählgemeinschaft?

Frau Edler (SJB): Es geht nach der Besetzung des Jugendhilfeausschusses. Die genannte Zählgemeinschaft kann nur einen Sitz erhalten.

Beschluss: Der Jugendhilfeausschuss beschließt *einstimmig*, die Drogenkommission in der auf Seite 2 genannten Zusammensetzung zu bilden. Er beauftragt die Verwaltung, die genannten Institutionen zu unterrichten, um die Benennung eines Vertreters oder einer Vertreterin zu bitten und dem Gemeinderat die endgültige personelle Besetzung zur Beschlussfassung vorzulegen.

TOP 9: Mitteilungen des Bürgermeisteramtes

Frau König-Lemke (SJB): Die Vorteile des neuen Kita-Portals sind u. a.: Optimierung der Platzvergabe (Einheitlichkeit), Fragen und Bedarfe können kommuniziert werden, das Portal wird engmaschig begleitet, der Support ist sichergestellt, benutzer- und anwenderfreundliche Gestaltung. Dazu gibt es einen neuen Kita-Flyer, der auch in verschiedenen Sprachen zur Verfügung gestellt wird.

Herr Stadtrat Bauer (GRÜNE): In welchen Sprachen wird das Kita-Portal angeboten?

Frau König-Lemke (SJB): Die Mehrsprachigkeit des Kita-Portals ist gerade in Arbeit.

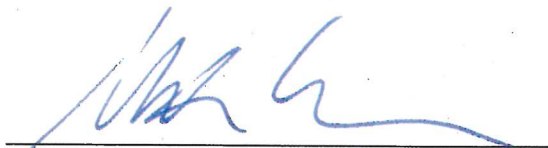
Frau Stadträtin Sardarabady (GRÜNE): Das Kita-Portal könnte in die Webseite AniKA (die virtuelle Anlaufstelle für (Neu)ankommende in Karlsruhe) eingestellt werden, welche die Informationen in 13 Sprachen übersetzt.

Frau Langeneckert (SJB): Am 17. Februar 2025, um 16 Uhr findet eine Sitzung des Arbeitsausschusses Jugendhilfeausschuss zum Thema Jugendhilfe „Umsetzung Kinder- und Jugendstärkungsgesetz“ statt. Eine Einladung hierzu erfolgt rechtzeitig.

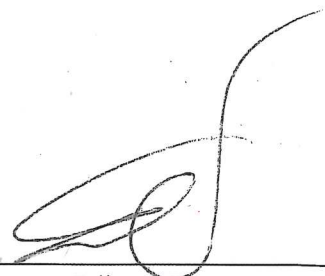
Der Vorsitzende schließt um 18:40 Uhr die Sitzung.

Karlsruhe, den 31. Oktober 2024

gesehen und genehmigt:



Martin Lenz
Bürgermeister



Carmen Edler
Schriftführerin